

Wendepunkte

- Energiepolitik • Mobilität • Umweltpolitik
- Industrie- und Dienstleistungspolitik • Strukturpolitik



Nr. 18 / 17.02.2014

Comeback der Industrie und sozial-ökologische Ziele: Zur industriepolitischen Mitteilung der EU... Seite 1	Die EU Klimaziele für die Zeit bis 2030: Zwischen ambitioniert und anspruchslos..... Seite 3	Energieeffizienz ist kein Elitenprojekt: Bericht zu einer DGB-Fachtagung zur Energieeffizienz..... Seite 6	Plattform: Pressemitteilungen und Veranstaltungen der Abteilung IDS..... Seite 9
---	---	---	---

Durch Comeback der Industrie soziale und ökologische Ziele realisieren

Die Förderung der Industrie hat für die europäische Politik – anders als noch vor der Finanzkrise – wieder einen hohen Stellenwert. Die Europäische Kommission hat im Januar eine neue industriepolitische Mitteilung vorgelegt. Sie will die Industrie für den internationalen Wettbewerb stärken und ihren Anteil erhöhen. Dabei dürfen soziale und ökologische Ziele aber nicht in den Hintergrund geraten.

Die Finanzkrise und ihre Folgen haben dazu geführt, dass in den politischen Prioritäten die Industrie derzeit eine Renaissance erlebt. Hintergrund sind die Erfahrungen, dass entfeselte Finanzmärkte in die Krise geführt haben und dass Deutschland mit einem hohen Industrieanteil durch fortgesetzte Exportüberschüsse sich im Unterschied zu anderen Ländern schnell von der Rezession des Jahres 2009 erholt hat. Deshalb plädieren derzeit Politiker und Politikerinnen aus vielen Ländern für eine Stärkung der Industrie.

Wachstum als Ziel der EU-Industriepolitik

Auch die EU-Kommission will die Industrie unterstützen und hat dazu am 22. Januar 2014 eine neue industriepolitische Mitteilung vorgelegt (COM(2014) 14). Es ist seit 2010 bereits die dritte Mitteilung zu diesem Thema (vgl. Wendepunkte Nr. 3 vom 5. November 2012). Darin erklärt sie die Europa-2020-Ziele¹ sowie die Steigerung von Wettbewerbs-

fähigkeit und Wirtschaftswachstum zu den Zielen ihrer Industriepolitik. Allerdings haben die in der Mitteilung gemachten Vorschläge mit den meisten Europa-2020-Zielen höchstens indirekt zu tun. Vorschläge zur Steigerung der Beschäftigung, zur Erreichung der Klimaziele, zur Reduzierung der Zahl der Schulabbrecher oder der Armut finden sich in dem Dokument nicht. Lediglich das Ziel, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu steigern, spielt eine Rolle. Im Kern orientiert sich die Industriepolitik an Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit.

Die EU-Kommission hat 2012 das Ziel verkündet, bis 2020 den Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt auf 20 Prozent zu steigern. Der Anteil liegt derzeit bei etwa 15 Prozent. Zwar ist zu erwarten, dass mit der eingesetzten leichten konjunkturellen Erholung Europas der Industrieanteil etwas zunimmt. Ob es gelingt, das ehrgeizige Ziel zu erreichen, bleibt jedoch abzuwarten.

¹ Die Europa-2020-Ziele sind eine Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen von mindestens 75 %, Investitionen in Forschung und Entwicklung von mindestens 3% des Bruttoinlandsprodukts, die 20-20-20-

Klimaziele, die Senkung der Schulabbrecherquote auf 10 % und die Reduzierung der Armutsgefährdung um 25 %.

Vorgeschlagene Maßnahmen

Die Kommission strebt an, das Ziel der Steigerung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern einzubeziehen. Für die Stärkung der Industrie schlägt sie konkret vor:

- eine bessere europäische Integration von Verkehrs-, Energie und Kommunikationsnetzen,
- Schritte zur stärkeren Integration des Binnenmarktes für Dienstleistungen als wichtiger Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie,
- die Rechtsvereinfachung und den Abbau von Bürokratie-Kosten für Unternehmen,
- die Förderung von Investitionen in Innovationen mit sechs thematischen Schwerpunkten – durch öffentlich-private Partnerschaften und mit Mitteln aus dem EU-Haushalt sowie der Europäischen Investitionsbank (EIB),
- Maßnahmen zum besseren Zugang von Unternehmen, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen, zu Kapital,
- Schritte zur Dämpfung der Energie- und Rohstoffpreise,
- Maßnahmen im Rahmen der Erasmus-Programme zur grenzüberschreitenden Qualifikation von Arbeitskräften,
- die Öffnung externer Märkte für europäische Produkte durch mehr Freihandel sowohl im Rahmen der Welthandelsorganisation als auch bilateraler Freihandelsabkommen.

Entschließung des Parlaments

Auch das Europäische Parlament hat sich mit Industriepolitik beschäftigt und am 15. Januar 2014 auf Vorschlag des Abgeordneten Bütikofer dazu eine Entschließung verabschiedet (vgl. Wendepunkte Nr. 14 vom 25. Oktober 2013). Das Parlament unterstützt die Linie der Kommission, betont aber stärker die ökologischen Ziele der Industriepolitik. Zusätzlich spricht sich das Parlament für mehr Demokratie am Arbeitsplatz und für die proaktive Einbindung der Beschäftigten in den Innovationsprozess aus.

Der gewerkschaftliche Standpunkt

Der DGB begrüßt die Orientierung an der Realwirtschaft, womit sich die Abkehr von der Dominanz der Finanzmärkte verbindet. Kritisch zu sehen ist dabei die Ausrichtung auf einen rein quantitativen Wachstumsbegriff und die Vernachlässigung von Aspekten der Wohlfahrt, die sich nicht in einem höheren Bruttoinlandsprodukt niederschlagen. Notwendig ist eine sozial und ökologisch ausgerichtete Politik, die sich auch an der Umweltqualität, Nachhaltigkeit, sozialer Sicherheit und Guter Arbeit orientiert. Der DGB tritt für einen sozial-ökologischen Wandel ein, der die Stärkung vorhandener industrieller Strukturen mit ihrer ökologischen Modernisierung und der Schaffung Guter Arbeit verbindet. Dafür brauchen wir die Beteiligung der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften und Betriebsräte, der Nutzerinnen und Nutzer und von Akteuren der Zivilgesellschaft.

Der DGB spricht sich für eine Highroad-Strategie aus, in der wirtschaftlicher Erfolg nicht auf Billigproduktion, sondern auf der Schaffung hochwertiger und innovativer Güter und Dienstleistungen beruht. Der DGB begrüßt deshalb den Fokus der Mitteilung auf Innovationen und Investitionen. Mit dem Programm Horizont 2020 ist dazu im EU-Haushalt ein gutes Instrument verankert. Darin werden nicht nur Mittel für Wissenschaftsexzellenz und Industrieforschung, sondern auch für die Erforschung aktueller Herausforderungen (Umwelt, Verkehr, demografischer Wandel usw.) bereitgestellt. Der DGB unterstützt das Ziel, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der EU deutlich zu steigern. Mehr Mittel für Investitionen und Innovationen (ob aus dem EU-Haushalt oder der Europäischen Investitionsbank) haben zugleich positive Beschäftigungseffekte.

Aus Sicht der Gewerkschaften ist die direkte Gestaltung des sozial-ökologischen Wandels durch öffentlich initiierte Investitionen notwendig. Der DGB hat mit seinem Marshall-Plan für Europa einen Vorschlag für ein europaweites Investitionsprogramm vorgelegt mit einem Schwerpunkt bei Investitionen in die Energiewende. Angesichts der Folgen der Finanzkrise ist die Kapitalversorgung insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen und vor allem in den südeuropäischen Ländern ein Problem. Dass die EU-Kommission dies erkennt und mit einigen Maßnahmen angehen möchte, ist zu unterstützen.

Gerade in den Krisenländern (Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, Zypern und Irland), in denen seit Beginn der Krise 5 Mio. Arbeitsplätze abgebaut wurden, sind solche Maßnahmen wichtig, um die Wirtschaft zu stützen und neue Beschäftigung aufzubauen. Impulse für die Industrie wirken sich auch positiv auf die Dienstleistungssektoren aus. Die Nachfrage nach industrienahen Dienstleistungen wird dadurch angeregt, sodass über die Industrie hinaus neue Beschäftigung aufgebaut wird.

Zu Recht nennt die Kommission die Binnennachfrage als Engpass. Die schwache Binnennachfrage ist jedoch auch die Folge der harten Austeritätspolitik, die von der EU-Kommission im Rahmen der Troika mit zu verantworten ist. Die Mitteilung enthält keinen Ansatz zur Stärkung der Binnennachfrage in Europa und setzt voll auf Exportmärkte und neue Freihandelsabkommen, aktuell die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den USA. Die Gefahr, dass der internationale Wettbewerb mit deregulierten offenen Märkten eine Billiglohn- und Unterbietungskonkurrenz auslöst und die Kaufkraft sogar schwächt und dadurch Arbeitsplätze gefährdet, wird von der Kommission nicht thematisiert. Der DGB hat bereits

mehrfach davor gewarnt, Freihandelsabkommen als Hebel gegen soziale und ökologische Standards zu verwenden.

Notwendig ist deshalb eine Politik, die die Erhaltung sozialer und ökologischer Standards und den sozial-ökologischen Umbau der Industrie mit der Belebung der europäischen Binnenkonjunktur durch höhere Kaufkraft und mehr öffentliche Investitionen verbindet.

Zum Weiterlesen:

Mitteilung der Kommission COM(2014) 14 „Für ein Wiedererstarken der europäischen Industrie“ ... [hier](#)

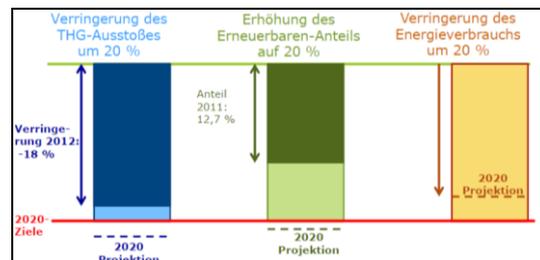
Entscheidung des Europäischen Parlaments vom 15. Januar 2014 über die Reindustrialisierung Europas zwecks der Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit... [hier](#)

Autor: Dr. Ingmar Kumpmann

Die Klimaziele der EU für die Zeit bis 2030 – zwischen ambitioniert und anspruchslos

Am 23. Januar haben der Präsident der EU-Kommission Barroso, der Energiekommissar Oettinger und die Klimakommissarin Hedegaard die Klimaziele der EU für die Zeit von 2020 bis 2030 vorgestellt. Das Echo auf die Veröffentlichung war geteilt. Es reichte von „ambitioniert und realistisch“ seitens Teilen der Industrie bis hin zu „vollkommen unzureichend und anspruchslos“ seitens vieler NGOs. Ob die vorgestellten Ziele einen wirksamen Beitrag für Klima und Beschäftigung leisten können, ist zumindest sehr fraglich.

Die jetzt vorgestellten Ziele basieren auf den so genannten 20-20-20-Zielen der EU aus dem Jahr 2008. Damals hatte sich die EU dazu verpflichtet, gegenüber dem Basisjahr 1990 den Ausstoß an Klimagasen um 20 % zu senken, den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtverbrauch auf 20 % zu erhöhen und die Energieeffizienz um 20 % zu steigern.



Quelle: EU Kommission

Verbindlich waren bei diesen Zielen allerdings lediglich die Reduktion des CO₂-Ausstoßes und der Ausbaus des Anteils der erneuerbaren Energien. Ziel war es, durch den Ausbau der Green Economy im gleichen Maße Beschäftigung zu sichern und zu fördern sowie das Klima zu schützen.

UN-Weltklimabericht als Maßstab

Hintergrund bei der Festlegung der bisherigen EU-Ziele war unter anderem die Bekämpfung des globalen Klimawandels. Wie der periodisch erscheinende Bericht des Weltklimarates IPCC und die Klimawissenschaft ermittelt haben, ist der Mensch - mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit - Hauptursache des globalen Klimawandels. Dessen Auswirkungen treten in Form von ansteigenden Temperaturen und dem Anstieg des Meeresspiegels immer deutlicher zu Tage und betreffen immer mehr Entwicklungsländer.

Die EU hat sich im Jahr 2010 als Unterzeichner der UN-Klimarahmenkonvention dazu verpflichtet, ihren Beitrag dazu zu leisten, die Klimaerwärmung auf 2 Grad zu begrenzen. Dies bedeutet für die EU eine Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen bis zum Jahr 2050 um 80-95 %. Die Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2 Grad ist allerdings seitens der Wissenschaft nicht als absolute Zahl zu verstehen. Sie steht vielmehr für eine Grenze, ab der die Ungewissheiten und damit auch die mit dem Klimawandel einhergehenden Risiken deutlich zunehmen und nicht mehr abzusehen sind.

Die EU-Klimaziele bis 2030

In den jetzt veröffentlichten Zahlen der EU-Kommission ist eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 40 % vorgesehen. Dieses Ziel bildet den nächsten Schritt auf dem Weg zu den Plänen der EU, welche eine Treibhausgasminde- rung von 80 % im Jahr 2050 vorsieht. Während für den Ausbau erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2030 ein Anteil von 27% anvisiert wird, fehlt es an einem konkreten Ziel zur Steigerung der Energieeffizienz.

„Verbindliches“ Ziel für erneuerbare Energien

Die Befürchtung im Vorfeld, dass kein verbindliches Ausbauziel für erneuerbare Energien bei den 2030-Zielen festgelegt werden würde, hat die EU nicht bestätigt. Ein verbindliches europäisches Ausbauziel soll weiterhin den nächsten Schritt auf dem Weg zu einer CO₂-armen Versorgung im Jahr 2050 darstellen. Die Kommission spricht sich hierbei für einen Anteil von „mindestens 27 %“ erneuerbarer Energien aus. Erreicht werden soll dies durch das Treibhausgasreduktionsziel von 40 %. Im Gegensatz zum bisherigen 2020-Ziel wird diese Zielvorgabe nicht verpflichtend auf die einzelnen Mitgliedstaaten der EU verteilt.

Dieser Vorschlag weicht die bisherige Zielsetzung für erneuerbare Energien auf, wodurch Schwung aus dem sozial-ökologischen Umbau der europäischen Wirtschaft genommen wird. Denn durch die Ableitung des Erneuerbaren-Ziels aus den Vorgaben zur Treibhausminderung ist das Ergebnis von nur 27 % weitgehend ambitionslos. Dass darüber hinaus darauf verzichtet wurde, die Ziele auf die Mitgliedstaaten zu verteilen, wird ebenfalls zu einem geringeren Maß an Verbindlichkeit führen.

Energieeffizienzziel weiterhin unverbindlich

Anders als bei den Zielen zu den erneuerbaren Energien haben sich die Befürchtungen bei den Zielen zur Energieeffizienz bewahrheitet. Im Gegensatz zum zuvor bestehenden „Richtziel“ von 20 % Energieeffizienzsteigerungen bis 2020, plant die Kommission, bis 2030 keinen Zielwert vorzugeben. In der Mitteilung der Kommission zu den 2030-Zielen geht sie von notwendigen Energieeffizienzsteigerungen von 25 % aus, wenn das Reduktionsziel erreicht werden soll.

Flankierend hierzu soll jedoch das Hauptinstrument zur Umsetzung des 20 %-Ziels für Energieeffizienz, die Energieeffizienzrichtlinie, weitergehend überprüft werden. Hierzu sollen der bisherige Grad der Zielerreichung bis zur Mitte des Jahres bewertet und darauf aufbauend Änderungen an der Richtlinie vorgeschlagen werden.

Hier besteht die Gefahr, dass das Thema Energieeffizienz, welches bereits in der gesamten Debatte um die 2030-Ziele wenig Beachtung bekommt, ein weiteres Mal unter den Tisch fällt. Eine vorzeitige Evaluierung der Energieeffizienzrichtlinie wäre daher zu begrüßen. Allerdings stellt sich vor dem Hintergrund ambitionsloser Ziele für Energieeffizienz nach 2020 die Frage, wie effektiv eine verbesserte Richtlinie sein könnte.

Änderungen am Emissionshandel nach 2020

Mit dem weiter gesteckten Klimaziel soll auch der Emissionshandel wiederbelebt werden. Durch die Wirtschaftskrisen in den vergangenen Jahren, den unerwartet hohen Zubau erneuerbarer Energien sowie teilweise zu hoch angelegten Zuweisungen von Emissionszertifikaten, hat sich ein struktureller Überschuss an Zertifikaten aufgebaut. Durch dieses Überangebot lag der Preis im vergangenen Jahr durchgängig bei unter 5 Euro pro Tonne CO₂. Um eine Stabilisierung zu erreichen, soll zum einen entsprechend des 40 %-Ziels der jährliche Reduktionsfaktor von 1,74 % auf 2,2 % erhöht werden. Zum anderen plant die Kommission die Schaffung einer „Marktstabilitätsreserve“. Dieser Mechanismus soll automatisch das Gesamtvolumen der Zertifikate am Markt regulieren, um den Preis stabil zu halten.

Dieser Vorschlag könnte dabei helfen, einen verlässlicheren Markt für Emissionsrechte zu schaffen. Durch ein automatisches Hinzufügen und Entfernen von Emissionszertifikaten würde kein struktureller Überschuss auf dem Markt mehr entstehen und der Preis stabil gehalten werden. Somit würden, wie ursprünglich vom Emissionshandel erwartet, Investitionen in CO₂-arme Technologien angeregt werden.

DGB-Forderungen

Um die Entwicklung zu einer nachhaltigen europäischen Wirtschaft nicht auszubremsen und die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union bei den kommenden Klimaverhandlungen nicht aufs Spiel zu setzen, müssen jetzt am-

bitionierte europäische Ziele für das Jahr 2030 festgelegt werden. Der DGB fordert deshalb, dass die Zieltrias von Treibhausgasminderung, erneuerbaren Energien und Energieeffizienz erhalten bleibt, gestärkt und auch für die einzelnen Mitgliedsstaaten konkretisiert wird.

Der DGB begrüßt zudem, dass strukturelle Maßnahmen am Emissionshandel vorgeschlagen werden. Aus der Sicht des DGB sind diese unerlässlich, um einen funktionierenden Markt für CO₂-Emissionen zu schaffen, der Investitionen in CO₂-arme Technologien anreizt. Der DGB fordert deshalb, dass der Emissionshandel modernisiert und eine Reihe von strukturellen Maßnahmen vorgenommen werden. Hierbei sind jedoch für die energieintensiven Industrien die physikalischen Grenzen technischer Prozesse und die Wettbewerbsfähigkeit zu berücksichtigen. Entsprechende Ausnahmeregelungen, wie die Carbon-Leakage-Liste, müssen erhalten bleiben und weiterentwickelt werden.

Für den DGB sind dies die Maßnahmen, die Planungs- und Investitionssicherheit für die betroffenen Industrien im kommenden Jahrzehnt schaffen. Dies schützt nicht nur die Umwelt, sondern ist auch eine Voraussetzung für Wertschöpfung und Innovation, wodurch bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue Beschäftigung aufgebaut werden. Nur so kann der Umbau der europäischen Wirtschaft zum Erfolg werden.

Wie geht es weiter?

Das Parlament hat sich bereits bei einer Abstimmung Anfang Februar für eine stärkere Zieltrias eingesetzt. Es spricht sich für Emissionsreduktionen von 40 %, Energieeffizienzsteigerungen von 40 % sowie einem Anteil von erneuerbaren Energien von 30 % bis 2030 aus. Die Diskussion bleibt deshalb spannend und wird als nächstes auf der Tagesordnung des EU-Parlaments im März behandelt.

Autoren: Harm-Berend Wiegmann/Daniel Schneider

Energieeffizienz ist kein Elitenprojekt

Dies war das Fazit der Veranstaltung des DGB mit dem Titel „Energieeffizienz schafft Beschäftigung“ am 29. Januar in den Tagungsräumen der Katholischen Akademie in Berlin. Hierzu waren Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Umweltverbänden und Gewerkschaften eingeladen, um das Thema der Energieeffizienz zu diskutieren und sich über Möglichkeiten, die brachliegenden Effizienzpotenziale zu heben, auszutauschen.

Anlass der Veranstaltung war die anstehende Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie durch die Bundesregierung im Jahr 2014. Aus der Sicht des DGB ist es wichtig, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen und im Zuge der Umsetzung der Richtlinie die Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung zu nutzen. Diese Initiative stieß auf großes Interesse. Über 70 Teilnehmer wollten sich über den Stand der Umsetzung informieren und über die zukünftige Ausgestaltung mitdiskutieren.

„Die günstigste Energie ist die, die man nicht verbraucht“

Der Gastgeber Dietmar Hexel fand in seiner Begrüßung klare Worte und stellte gleich zu Beginn fest: „Die günstigste Energie ist die, die man nicht verbraucht“. Es sei wichtig, dass neben der öffentlichen Stromdebatte auch die Energieeffizienz mehr in Mittelpunkt gerückt wird.

„Der klare Vorteil einer konsequenten Effizienzpolitik liegt neben den Einsparungen auch in der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen“, so Hexel. Aus Sicht des DGB gebe es drei Effekte, bei denen Beschäftigung durch mehr Energieeffizienz entstehe. Erstens schafft das Handwerk durch energetische Gebäudesanierung, vor allem auch auf regionaler Ebene, Arbeitsplätze. Zweitens werden in der Industrie die benötigten Baustoffe, Anlagen und Maschinen für mehr Energieeffizienz produziert, wodurch Industriearbeitsplätze entstehen. Drittens würde durch die Kostenreduktion in den Unternehmen in Folge von Energieeffizienzmaßnahmen, der Druck von der Personalkostenschraube genommen.

Hierfür bräuchten die betroffenen Branchen allerdings verlässliche Rahmenbedingungen. Dietmar Hexel forderte die Bundesregierung auf, entsprechende Schritte zu unternehmen, damit diese Bereiche ausreichende finanzielle Unterstützung und Planungssicherheit bekämen.



Bild: © M.Feurich

Eine globale „Effizienzrevolution“?

Den Einstieg in das Thema der Energieeffizienz bot Prof. Dr. Peter Hennicke, der ehemalige Leiter des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie. Er betonte, dass die Energieeffizienz eine große Chance für Deutschland ist und einen wichtigen Teil der Energiewende darstellt. Global gesehen und vor dem Hintergrund einer möglichen Klimakatastrophe müsse eine globale „Effizienzrevolution“ voran gebracht werden. Zuvor müssen allerdings für die deutsche Effizienzpolitik vor allem wichtige Fragen der Finanzierung und Koordinierung beantwortet werden.

„Jobs rauf, Kilowattstunden runter“

Wie wichtig die Einbindung der Betriebsräte und Gewerkschaften bei dieser Frage ist, stellte Achim Vanselow vom DGB Nordrhein-Westfalen dar. Er unterstrich die Bedeutung der Energieeffizienz für die Beschäftigten, die in dem Prozess eine Schlüsselrolle spielen könnten:

„Energieeffizienz im Unternehmen darf nicht als Eliteprojekt wahrgenommen werden“ so Vanselow. Als gutes Beispiel stellte Vanselow ein Projekt der Deutschen Edelstahlwerke in Witten vor, die gemeinsam mit den Beschäftigten und dem Betriebsrat ein Konzept für mehr Energieeffizienz entworfen haben und so in rund 50 Projekten den Energieverbrauch signifikant senken konnten. Unter der Formel „Jobs rauf, Kilowattstunden runter“ stellte er klar, dass dies auch mittel- bis langfristig neue Beschäftigung bringe. Er forderte deshalb, dass zukünftig mehr Anstrengungen bei der Einbindung von Betriebsräten unternommen werden müssen.

Energieeffizienzrichtlinie auf dem Weg

Als kurzfristige Vertretung für Stephan Kohler brachte Steffen Joest von der Deutschen Energieagentur (dena) die Anwesenden auf den aktuellen Stand der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie. Joest wies darauf hin, dass sich die Richtlinie aktuell noch in der konsultativen Phase im Wirtschaftsministerium befinde. Ein Referentenentwurf liege noch nicht vor. Im Dezember wurde ein erstes Maßnahmenpaket der EU-Kommission übersandt, welches jedoch noch ergänzt werden müsse. Um die vorgeschriebenen jährlichen Energieeinsparungen von 1,5 % zu erreichen, werden verschiedene Ansätze vom Wirtschaftsministerium geprüft.

Als Ergänzung zu dem Vortrag von Herrn Joest bereicherten Christian Noll von der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz (DENEFF) und Dr. Carsten Rolle vom Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) die Tagung mit ihren Vorträgen. Herr Noll wies auf das Konzept der DENEFF des marktorientierten Effizienzreizsystems hin, bei dem Einsparungen wettbewerblich ausgeschrieben werden. Carsten Rolle wies hingegen auf die Schwierigkeiten bei der Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen hin und nannte innovative best-practise-Instrumente, die bei der Finanzierung behilflich sein könnten.

Gleiche Ziele - unterschiedliche Wege

An der anschließenden Diskussionsrunde nahmen der Bundestagsabgeordnete Dirk Becker (SPD), Thorben

Becker vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Dr. Reinhard Klopffleisch von der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Andreas Kuhlmann vom Bundesverband der deutschen Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) sowie Dr. Carsten Rolle und Prof. Dr. Peter Henricke unter Moderation von Malte Kreuzfeldt teil.

Besonders die Schaffung eines Energieeffizienz-Verpflichtungssystems, welches die Richtlinie vorschlägt, wurde kontrovers debattiert. Die Diskussion zeigte erneut, dass grundsätzlich Einigkeit über die Notwendigkeit und das Ziel besteht, einen höheren Grad an Energieeffizienz zu erreichen. Über den Weg dahin bestand jedoch Uneinigkeit.

Verpflichtung oder finanzielle Anreize

Dirk Becker wies einleitend darauf hin, dass das Projekt Energieeffizienz von den Verbrauchern bis zu den Produzenten alle betreffe. Sofern eine freiwillige Selbstverpflichtung keine nennenswerten Fortschritte erziele, schloss er zum Erreichen der Ziele ordnungspolitische Maßnahmen und Verpflichtungen nicht aus. Anders sahen dies die Vertreter von BDEW und BDI, die aus Kostengründen und Finanzierungsfragen die Verpflichtungslösung für Industrie und Energieversorger grundsätzlich ablehnten. Statt die Energieversorger in die Pflicht zu nehmen, bedürfe es verlässlicher Rahmenbedingungen, neuer Finanzierungsmöglichkeiten und des Abbaus von Markthemmnissen, damit sich der Effizienzmarkt weiterentwickeln könne.



Bild: © M.Feurich

Reinhard Klopffleisch wies darauf hin, dass es einen Verpflichteten „Hüter über das Effizienzziel“ geben sollte, welches auch die Energieversorger sein könnten. Die zugewiesenen Aufgaben müssten jedoch auch vom Staat durch rechtliche Rahmenbedingungen und ausreichende Finanzierung unterstützt werden.

Einen ähnlichen Ansatz schlug Thorben Becker vor, welcher eine Verstetigung der Finanzierung und Koordinierung der Maßnahmen über einen organisierenden Akteur, den Energieeffizienzfonds, skizzierte. Dem ähnelte das Konzept von Peter Hennicke, eine schlanke und handlungsfähige Energieeffizienzagentur zu schaffen. Diese solle durch den Aufgaben-Dreiklang „measuring, reporting and verification“ (zu Deutsch: Messen, Berichterstattung und Überprüfung), den Fortschritt bei der Energieeffizienz überwachen und Anpassungen bei der Energieeffizienzpolitik vorgeben. Nach Hennicke kann eine solche Politik wieder das Vertrauen der Banken in die Finanzierung von Energieeffizienzprojekten herstellen.

Knackpunkt: Finanzierung

Konsens der Diskutanten bestand in der Forderung nach verstetigter und gesicherter Finanzierung für Energieeffizienzmaßnahmen. Doch bei der Finanzierung zeigten sich kontroverse Positionen. Peter Hennicke brachte den Vorschlag vom Wuppertal Institut für eine Umlagefinanzierung, ähnlich der aktuellen EEG-Umlage, von einem „Effizienzehntelcent“ in die Diskussion ein. Während Thorben Becker eine ähnliche Finanzierung nicht ablehnte, wurden von den anderen Teilnehmern zusätzliche Steuern und Umlagen generell zurückhaltend bis kritisch bewertet.

Insbesondere die hochinvestiven Maßnahmen mit einer langen Amortisationszeit waren ein Thema. Für Unternehmen müssten Möglichkeiten geschaffen werden, die finanziellen Risiken anzugehen. Staatlich finanzierte Ausfallbürgschaften könnten hier eine Möglichkeit sein. Weitere innovative Finanzierungsmöglichkeiten, welche in anderen Ländern erfolgreich seien, müssten hierzu diskutiert werden.

Eine andere Möglichkeit zur Finanzierung von Energieeffizienz, die zur Diskussion stand, war die Einbindung von

privaten Investoren über einen Fonds. Ähnlich wie beim Ausbau der erneuerbaren Energien sieht der Vorschlag eine aktive Beteiligung von Bürgern bei Energieeffizienzmaßnahmen vor. Eine attraktive Rendite für den Bürger könnte das allgemeine Interesse wecken. Dem wurde mit Verweis auf das Problem des mangelnden Vertrauens seitens der Bürger und eine fehlende Risikoabschätzung für derartige Investitionen entgegnet. Hennicke argumentierte, dass sich nur über Glaubwürdigkeit und Risikominimierung „Bürgerkapital“ binden lasse. Auch hier gab es Konsens bezüglich des Abbaus von Investitionshemmnissen durch staatliche Rahmenbedingungen und koordiniertes Handeln.

Energiewende „von unten“

In der Abschlussrunde wurde von den Teilnehmern noch einmal deutlich gemacht, dass im Sinne der Tagung auch eine stärkere Einbindung der breiten Gesellschaft sowie von Arbeitnehmern und Betriebsräten notwendig ist. Hennicke resümierte, dass die Energiewende ein Generationenprojekt ist, welches nur „von unten“, umzusetzen sei.

Die abschließenden Worte fand Dietmar Hexel, der zusammenfassend sagte, dass es neuer Anreize und innovativer Finanzierungskonzepte für mehr Energieeffizienz bedarf. Nur so könne das „Generationenprojekt Energiewende“ erfolgreich zum Abschluss gebracht werden.

Autoren: Harm-Berend Wiegmann, Jan Philipp Paprotny

Plattform

DGB-Pressemitteilung „EU-Klimaziele: Planungssicherheit für Arbeitsplätze benötigt“ vom

05.02.2014: Anlässlich der Entscheidung des EU-Parlaments zu den Energie- und Klimazielen der EU für das Jahr 2030 erklärte Dietmar Hexel, DGB-Vorstandsmitglied, am Mittwoch in Berlin: „Der Beschluss des EU-Parlaments ist das richtige Signal in der Debatte um die Klimaziele für 2030.“ ... [weiterlesen](#)

DGB-Pressemitteilung „Energie-Eckpunkte nicht zerreden – Energiewendefonds für Kostenentlastung nötig“ vom 29.01.2014:

Die Energie-Eckpunkte der Bundesregierung sind eine gute Grundlage für die weitere Diskussion. Sie dürfen nicht zerredet werden. Hauptziel sind die Versorgungssicherheit, keine weiteren Kostensteigerungen und die sinnvolle Förderung der Erneuerbaren Energien als Rückgrat der Energiewende... [weiterlesen](#)

DGB-Pressemitteilung „EU-Energie- und Klimapolitik: Auch Energieeffizienz braucht ein klares Ziel“ vom 22.01.2014:

„Die Pläne der EU-Kommission zur künftigen Energie- und Klimapolitik bis 2030 stoßen beim DGB auf Kritik. „Die Vorschläge stellen sogar eine Gefahr für Klimaschutz, Wohlstand und Arbeitsplätze in Europa dar“, sagte Dietmar Hexel, DGB-Vorstandsmitglied. Die EU-Kommission dürfe die erneuerbaren Energien und Energieeffizienz nicht vergessen... [weiterlesen](#)

DGB-Pressemitteilung „Soziale und ökologische Ziele durch Industriepolitik verbinden“ vom

22.01.2014: „Der DGB unterstützt das Ziel der EU-Kommission, als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise die Industrie in Europa wieder zu stärken und damit neue Chancen für nachhaltige, qualitative Beschäftigung in Deutschland und Europa zu erschließen“, erklärte DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel anlässlich der aktuellen industriepolitischen Mitteilung der EU-Kommission... [weiterlesen](#)

DGB-Pressemitteilung „EEG-Reform: Der Teufel steckt im Detail“ vom 20.01.2014:

Anlässlich der Debatte um die EEG-Eckpunkte sagte Dietmar Hexel, DGB-Vorstandsmitglied: „Die diskutierten Eckpunkte gehen in die richtige Richtung, bleiben bei entscheidenden Fragen jedoch vage.“ Unter anderem werde die Frage der Finanzierung der historischen Kosten ausgeblendet... [weiterlesen](#)

DGB-Pressemitteilung „DGB fordert Energiepolitik aus einem Guss“ vom 10.01.2014:

Anlässlich der 57. Bitburger Gespräche kritisierte DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel die bisherige Umsetzung der Energiewende in Deutschland und forderte die neue Bundesregierung zum sorgfältigen Handeln auf... [weiterlesen](#)